

5 Jahre Technopark Winterthur

5.Juni 2007

Liebe Jungunternehmer, liebe Jungunternehmer

Sehr geehrte Technopark-Leitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Erst seit fünf Jahren gibt es den Technopark Winterthur – oder sollte ich sagen: **bereits** seit fünf Jahren gibt es ihn? Wenn ich die Liste der Firmen durchgehe, die sich hier in diesem Tüftlerparadies niedergelassen haben, so sind dies vor allem solche, die sich in schnelllebigen Wirtschaftszweigen behaupten müssen. 5 Jahre können daher eine sehr lange Zeit sein. Hingegen braucht es manchmal auch eine gewisse Zeit, um etwas aufzubauen und um Netzwerke zu knüpfen, die zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit führen. Fünf Jahre können einem deshalb auch sehr kurz vorkommen. Wie auch immer: Ich freue mich, dass es den Technopark Winterthur gibt – und es ihn mit Sicherheit auch noch in fünf Jahren geben wird. Denn der Technopark ist, wie man sehen und lesen kann, eine Erfolgsgeschichte, die unbedingt fortgesetzt werden muss. Einigen Firmen wurde es hier bereits zu eng – und das im positiven Sinn. Sie sind so stark gewachsen, dass sie ausziehen und sich andernorts niederlassen mussten. Andere sorgten als Preisträger für Schlagzeilen.

Das erstaunt mich nicht. Hier in diesen Räumen kann man den Unternehmergeist regelrecht spüren. Nun, gibt es sicher auch Konkurrenz, die man nicht so gerne mag. Scheuen muss man diese nicht, im Gegenteil: Sie ist ein Gewinn. Dieser im Technopark vereinte Mix an Kompetenz bringt eine Dynamik hervor, von denen die einzelnen Firmen

und letztlich auch die Schweiz profitieren. Erlauben Sie mir den Vergleich zum Eidgenössischen Parlament. Wir Abgeordnete sämtlicher Couleurs tragen unseren eigenen beruflichen und privaten Erfahrungsschatz nach Bern. Und ich muss sagen, diese bunte Mischung bringt doch eigentlich erstaunlich Solides zu Stande. Nur fehlt uns vielleicht etwas die Risikobereitschaft und den Pioniergeist, die Sie alle auszeichnen.

Liebe Jungunternehmerinnen, liebe Jungunternehmer, Sie gehören auch deshalb zu den innovativen und kreativen Köpfen dieses Landes, weil Sie eine gute Schul- und Ausbildung absolvieren konnten. Die Schweiz gehört in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation noch immer zu den führenden Nationen – mit Betonung auf **noch**. Wie Sie unschwer feststellen konnten, sind Bildungsinvestitionen in der Politik zum zentralen Thema geworden. Die Wichtigkeit von Bildung wird allgemein anerkannt. Angesichts der immer knapper werdenden Mittel ist jedoch die Frage berechtigt, inwieweit Bildungsausgaben von der öffentlichen Hand oder von den einzelnen Lernenden getragen und wie sie wirksam eingesetzt werden sollen. Bildung darf nicht einfach als Kostenfaktor abgehandelt werden. Bildung darf aber auch nicht nur als Investition im wirtschaftlichen Sinne verstanden werden darf. Wir haben in der heutigen Bildungspolitik drei Investitionsebenen:

- Auf der ersten Ebene ist der Einzelne der Investor. Mit grossem eigenem Engagement und einem guten Ausbildungsniveau wird der Zugang in die Arbeitswelt – mit dem entsprechendem Lohn – einfacher.
- Auf der zweiten Ebene gibt es die Investitionen von Betrieben, Organisationen, Verbänden und Parteien. Diese Investitionen dienen

insbesondere der Produktivitätssteigerung und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Sie bringen einen Gewinn an Wertschöpfung.

- Auf der dritten Ebene investiert der Staat, weil er für die Gesellschaft als Ganzes einen Ertrag herauschlagen will. Er kann den Zugang für alle Schichten öffnen, Standards setzen, zu Qualität anspornen und Vergleichsmöglichkeiten schaffen mit dem Ausland.

Rund 21 Milliarden Franken geben heute Bund, Kantone und Gemeinden jährlich für das Bildungswesen aus. Das Parlament wird sich der kommenden Sommersession nochmals mit den Krediten für Bildung, Forschung und Innovation befassen. Eine lebhafte Debatte ist so gut wie sicher. Im vergangenen Jahr war der Nationalrat der Meinung, der Bund solle die Kredite um jährlich mindestens 8 Prozent erhöhe. Der Ständerat hielt ein Kreditwachstum von 6 Prozent für ausreichend. Da bin ich ganz anderer Meinung: Wenn wir die Bildungsreformen wie „Bologna“ tatsächlich umsetzen wollen, braucht es mindestens diese 8 Prozent. Wir haben in den vergangenen Jahren die Bildungsausgaben plafoniert. Dabei haben wir mit der neuen Bundesverfassung die SGK-Berufe (Soziales/ Gesundheit/ Kunst) den technisch-wirtschaftlichen Berufen mit Subventionen gleichgestellt. Wir haben Fachhochschulen aufgebaut. Dank Bologna-Modell führen wir Master-Studien ein und haben höhere Studierendenzahlen. Wir haben immer neue Aufgaben bewältigt mit gleichen Mitteln. Deshalb muss jetzt ein mutiger Schritt gemacht werden, sonst können wir mit den andern Ländern nicht mithalten. Wir haben keine Bodenschätze. Gut ausgebildete junge Menschen sind die wichtigste Ressource unseres Landes. Sie müssen uns deshalb diese zusätzlichen Ausgaben wert sein, zumal es sich im Endeffekt um eine bescheidene Erhöhung handelt.

Klar, mit den Bildungsmilliarden muss sorgfältig umgegangen werden. Ich bin der Meinung, dass Kantone und Gemeinden für eine solide Grundausbildung auf allen Stufen sorgen sollen. Leistung ist dabei kein Schimpfwort. Der Bund seinerseits legt die Rahmenbedingungen für eine Berufsbildung fest, die auf die Bedürfnisse der Berufswelt ausgerichtet ist. Er erkennt Lücken, behebt Mängel und gibt Impulse für Ausbildungswillen der Wirtschaft.

Der Bund schafft aber auch gute Rahmenbedingungen für eine optimale Forschungspolitik. Dabei sind Nationalfonds und die KTI-Förderprojekte des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) auf gutem Weg. Ich halte hingegen wenig von staatlich gelenkten und inhaltlich definierten Forschungsprojekten. Inhalte und Ziele der Nationalen Forschungs- und Schwerpunktprogrammen müssen von den Forschungsinstitutionen selber beziehungsweise auch von der Industrie und Wirtschaft kommen. Eine sehr grosse Verantwortung liegt dabei bei den Führungsorganen der Hochschulen. Selbstverständlich wird es immer Ausnahmen geben, wo der Bund eine Verantwortung trägt: Ich denke zum Beispiel an die Erforschung gesundheitlicher Auswirkungen von Mobilantennen, oder die demographische Entwicklung, die für die Zukunft unserer Sozialen Sicherheit eine grosse Rolle spielt.

Der Bund hat primär die Aufgabe der Koordination, der langfristigen strategischen Überlegungen mit dem Mut und dem Willen Gelder umzuverteilen, wo sie für die Forschung in unserem Land gerade nötig sind, wo wir zurzeit zur Weltspitze gehören ist ein Schwerpunkt zu setzen. Dazu gehörte aber eine optimale Organisation und dies bedingte eigentlich die Zusammenführung der Forschung vom Departement des Innern ins Volkswirtschaftsdepartement. Doppelspurigkeiten würden vermieden und es könnte eine klarere Strategie verfolgt werden. Das ist

eine Forderung beider Räte. Da kommt der Bundesrat nicht darum herum. Es ist allenfalls eine Frage der Zeit, bis wann sie realisiert wird.

Investitionen in die Bildung und Forschung ist das eine, neue Bildungs- und Ausbildungskonzepte sind das andere – beides ist mit zum Teil schwerwiegenden und zum Teil auch mit schmerzlichen Folgen verbunden. Die Bildungslandschaft Schweiz ist seit geraumer Zeit in Bewegung: Ich denke zum Beispiel an die neuen Fachhochschulen oder an die Bologna-Reform. Denn die Schweiz hat für ihre jungen Generationen vieles vor. Sie will im internationalen Vergleich weiterhin die vorderen Ränge besetzen. Nachdem der tertiäre Bildungsbereich bereits gehörig umgebaut worden ist, kommt nun auch die Volksschule an die Reihe. Die Möglichkeit einer tief greifenden Reform wurde vor einem Jahr geschaffen. Am 21. Juni fand Schweiz eine stille Revolution statt als ein Viertel der Stimmbürgerschaft an die die Urne ging, um ohne viel Aufhebens den neuen Bildungsartikel abzusegnen. Damit ist es nun endlich möglich geworden, das schweizerischen Bildungswesen zu Harmonisieren. Damit ist es keine Fiktion mehr, dass bereits in wenigen Jahren auch in der Schweiz alle Kinder mit vier Jahren zur Schule gehen werden – wie dies in anderen europäischen Ländern längst der Fall ist.

Ich halte eine europäische Koordination auf allen Bildungsstufen für unumgänglich. Es geht mir nicht primär um eine Gleichmacherei sondern um die Vergleichbarkeit. Nur so können wir feststellen, wie gut und konkurrenzfähig wir tatsächlich sind. So können wir „Bildungslücken“ in unserem System erfassen und angehen. Es geht mir im Bereich Forschung aber auch um den Know-how- und Technologie-Transfer über die Grenzen hinweg. Europa – und da zähle ich die Schweiz dazu - muss sich gegenüber den USA behaupten können. Indien hat in gewissen

Bereichen bereits die Nase vorn, und China wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wenn wir gemeinsam mit Europa mit der internationalen Entwicklung nicht mehr Schritt halten können, sind wir abgehängt. Gut, gibt es einen institutionalisierten Wissensaustausch mit der EU und gut, können junge Schweizer Forschende auch am 7. EU-Rahmenprogramm teilnehmen. Der Profit ist aber nicht einseitig. Ich bin überzeugt, Wissenschaftler aus der EU wissen das Wissen der Schweizerinnen und Schweizer mindestens so zu schätzen wie umgekehrt. Globalisierung ist kein Schimpfwort, sondern Realität. Die globalisierte Wirtschaft bedingt konsequenterweise eine globalisierte Forschung. Nur gemeinsam bringt man Stück um Stück die Welt voran.

Das geschieht im Kleinen auch hier im Technopark Winterthur: Hier werden geschickt Innovation, Wissenschaft und Wirtschaft verknüpft. Es ist zu hoffen, dass in der Schweiz noch weitere solcher Förderstätten dazukommen. Sie schaffen das ideale Umfeld für eine neue Generation von Hayeks, Gates, Einsteins und Düsentriebs. Und von solchen klugen Köpfen kann die Schweiz nicht genug haben, meine ich.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, einen steten Nachschub an guten Ideen und freue mich auf die nächsten Kapitel dieser fünfjährigen Erfolgsgeschichte.

Christine Egerszegi-Obrist, Präsidentin des Nationalrates